

# Niederschrift

## über die 9. Sitzung des Rates der Stadt Jever

**Sitzungstag:** 25.01.2018  
**Sitzungsort:** Graf-Anton-Günther-Saal im Rathaus  
**Sitzungsdauer:** 19:00 Uhr bis 21:25 Uhr

### Teilnehmerverzeichnis:

**Vorsitzender**  
Oltmanns, Karl

**Stellvertretender Vorsitzender**  
Zillmer, Dirk

**Ratsmitglieder**  
Albers, Jan Edo Bürgermeister  
Albers, Udo  
Bollmeyer, Matthias Dr.  
Bunjes, Gertrud  
Cremer, Udo  
Dabitsch, Rainer  
Eden, Stephan  
Funk, Harry Dr.  
Harjes, Olaf  
Hartwig, Marcus  
Janßen, Dieter  
Jong-Ebken, Roswitha de  
Kourim, Frank  
Matern, Hans  
Montigny, Bettina  
Rasenack, Marianne  
Reck, Renate  
Remmers, Andrea  
Schönbohm, Heiko  
Schüdzig, Herbert  
Sender, Alfons  
Theemann, Hendrik  
Thomßen, Almuth  
Vahlenkamp, Dieter  
von Ewegen, Leon  
Vredenborg, Elke  
Waculik, Hanspeter  
Wolken, Wilfried  
Zielke, Beate

bis TOP 14 anwesend

## **Verwaltung**

Lorenz, Jörg  
Müller, Mike  
Post, Janika  
Rüstmann, Dietmar  
Schwarz, Jörg

Protokollführerin

**Entschuldigt waren:**

## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **TOP 1. Eröffnung der Sitzung durch den Ratsvorsitzenden**

Der Ratsvorsitzende eröffnet die Sitzung um 19.00 Uhr.

#### **TOP 2. Feststellen der ordnungsgemäßen Ladung und der anwesenden Ratsmitglieder**

Der Ratsvorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Anwesenheit der zuvor genannten Ratsmitglieder fest.

#### **TOP 3. Feststellen der Beschlussfähigkeit**

Der Ratsvorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit des Rates fest.

#### **TOP 4. Feststellen der Tagesordnung**

Der Ratsvorsitzende teilt mit, dass die Tagesordnung um die Tagesordnungspunkte 13.1 und 20.1 ergänzt worden sei. Die Tagesordnung wird mit den oben genannten Änderungen festgestellt.

Abstimmung: einstimmig beschlossen Ja 31 Nein 0 Enthaltung 0

#### **TOP 5. Genehmigung des Protokolls Nr. 8 über die Sitzung des Rates vom 14. Dezember 2017 - öffentlicher Teil -**

Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.

#### **TOP 6. Bericht des Bürgermeisters über**

## **TOP 6.1. Wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses**

**Der Bürgermeister** informiert über die wichtigen Beschlüsse des Verwaltungsausschusses aus der Sitzung vom 16.01.2018. Eine Auflistung dieser Beschlüsse ist dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Anschließend gibt **Herr Lorenz** den Baubericht 09/ 2016-2021 über den Berichtszeitraum vom 12.12.2017 bis 22.01.2018 bekannt, der dieser Niederschrift ebenfalls als Anlage beigelegt ist.

## **TOP 6.2. Wichtige Angelegenheiten der Stadt**

**Bürgermeister Albers** teilt mit, dass es eine überplanmäßige Einnahme bei der Gewerbesteuer gegeben habe, was dazu führe, dass die Stadt auch eine höhere Gewerbesteuerumlage an das Land abführen müsse. Damit dieser Termin eingehalten werden könne, habe er mit seinem **Stellvertreter Schönbohm** eine Eilentscheidung getroffen.

## **TOP 7. Anträge und Beantwortung von Anfragen**

- keine -

## **TOP 8. Einwohnerfragestunde - Sitzungsunterbrechung -**

**Der Ratsvorsitzende** unterbricht die Sitzung um 19.05 Uhr, um anwesenden Bürger/-innen die Gelegenheit zu geben, Fragen an den Rat der Stadt Jever zu stellen. Da hiervon kein Gebrauch gemacht wird, eröffnet **der Ratsvorsitzende** die Sitzung erneut.

## **TOP 9. Realsteuern; Erhöhung der Hebesätze**

**FiWiA Nr. 7 vom 27.11.2017**

**VA Nr. 19 vom 5.12.2017**

**VA Nr. 20 vom 16.01.2018**

**Vorlage: BV/0286/2016-2021**

**Ratsherr Janßen** stellt klar, dass für die SPD-Fraktion eine moderate Steuererhöhung nur in Frage käme, wenn der Fremdenverkehrsbeitrag beibehalten und die Einführung einer Zweitwohnungssteuer geprüft werde. Da beides nicht der Fall sei, werde die SPD-Fraktion nicht zustimmen. Es könne nicht angehen, dass die Zahler der Grundsteuer, die am wenigsten vom Tourismus profitierten, den finanziellen Ausfall beim Fremdenverkehrsbeitrag kompensieren müssten.

Bei der derzeit geplanten Erhöhung der Grundsteuer auf 420 Punkte und der Gewerbesteuer auf 395 Punkte werde die Grundsteuer prozentual knapp um das Dreifache der Gewerbesteuer erhöht. Der SPD-Fraktion ist klar, dass der Haushalt stabilisiert werden müsse, aber dabei müsse es auch gerecht zugehen. Die geplante Steuererhöhung habe auch nichts mehr

mit Familienfreundlichkeit zu tun. Seine Fraktion ist der Meinung, dass die Bürger/-innen, vor allem die Familien, bereits genug belastet seien.

In Bezug auf den Antrag zum Thema Bürgerbeteiligung der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen teilt **er** mit, dass es eine gute Gelegenheit gewesen wäre, die Bürger/-innen zu diesem Thema zu befragen.

**Er** erkundigt sich nach den verbindlichen Zusagen über die freiwilligen Zahlungen der Gewerbetreibenden zur teilweisen Kompensation des Fremdenverkehrsbeitrages und für welchen Zeitraum diese Gelder gesichert seien.

**Er** stellt fest, dass durch die vorgeschlagene Steuererhöhung insgesamt 340.930 Euro eingenommen werden könne. **Ratsherr Janßen** unterbreitet einen alternativen Vorschlag, diese Summe einzunehmen. Durch die weitere Erhebung des Fremdenverkehrsbeitrages könnten jedes Jahr dauerhaft 140.000 Euro generiert werden und durch die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer kämen etwa 200.000 Euro Einnahmen hinzu. Der verbleibende Betrag könne durch eine moderate Erhöhung der Grundsteuer um 10 Punkte (47.107 Euro) und der Gewerbesteuer um 10 Punkte (95.128 Euro) erreicht werden. Bei dieser Variante sei die Belastung der Steuerzahler viel geringer, und diese Summe könne auch zur Entlastung der städtischen Finanzen beitragen. **Er** weist zudem darauf hin, dass eine dauerhafte Verbesserung der Einnahmesituation nur durch die Einführung einer Zweitwohnungssteuer gelingen könne.

**Ratsherr Janßen** stellt somit den folgenden Antrag:

1. weitere Erhebung des Fremdenverkehrsbeitrages
2. Prüfung einer Satzung zur Einführung der Zweitwohnungssteuer
3. Erhöhung der Grundsteuer B um 10 Punkte
4. Erhöhung der Gewerbesteuer um 10 Punkte

**Ratsherr Schönbohm** erklärt, dass für ihn die Tagesordnungspunkte Steuererhöhungen, Fremdenverkehrsbeitragssatzung und Haushalt inhaltlich zusammenhängen. **Er** geht auf die Finanzsituation beim Bund und beim Land Niedersachsen ein. Man könne beobachten, dass die Steuereinnahmen stiegen und sogar über Steuersenkungen nachgedacht werde. Warum in Jever dann über Steuererhöhungen diskutiert werde, obwohl sich die Haushaltslage erheblich verbessert habe, könne **er** nicht nachvollziehen. Das auch Jever von der gut laufenden Konjunktur profitiere, verdeutlicht **er** anhand einiger Fakten aus dem Haushalt, z.B. der gestiegenen Automatensteuer, Senkung der Kreisumlage, Reduzierung der Zinsbelastungen, Vielzahl an Grundstückverkäufen, usw..

Neben der Möglichkeit der Steuererhöhung und der Streichung von freiwilligen Leistungen habe **er** andere Alternativen zur Verbesserung der Einnahmesituation vermisst. Auch habe er keine Sparbemühungen erkennen könne. Im Gegenteil, es seien etliche Gutachten in Auftrag gegeben worden.

**Er** weist darauf hin, dass die Steuererhöhung wahrscheinlich nicht die einzige Mehrbelastung für die Bürger/-innen sein werde. Auf sie werde voraussichtlich aufgrund der Änderungen bei der Entwässerung des Fliegerhorstes auch eine Erhöhung der Abwassergebühr zukommen. Die Steuererhöhung werde sich auch negativ auf die Kaufkraft und die Investitionen auswirken, welches gerade bei dem Leerstand des Einzelhandels in der Innenstadt nicht wünschenswert sei. Für ihn führe die derzeit geplante Steuererhöhung zu einer Ungleichbehandlung zwischen den Bürger/-innen und den Gewerbetreibenden. **Er** weist darauf hin, dass sich die Gewerbesteuer von Einzelunternehmen bis zu einem Satz von 380 Punkten direkt von der Einkommenssteuer absetzen lasse.

Zudem merkt **er** an, dass sich das Bundesverfassungsgericht in nächster Zeit mit der Bemessungsgrundlage der Grundsteuer befassen werde, welches zu mehr Gerechtigkeit aber wahrscheinlich auch zu Mehreinnahmen führe, da in Jever viele alte Häuser unterbewertet seien.

Die Spekulation, dass durch die vom Land Niedersachsen angedachte Beitragsfreiheit für Kindertagesstätten, viele Kosten nicht mehr durch die Beiträge gedeckt werden könnten, sei für ihn kein Grund für eine Steuererhöhung.

Die SWG-Fraktion werde dieser Steuererhöhung nicht zustimmen.

**Ratsfrau Zielke** erklärt, dass von Rat und Verwaltung versucht worden sei, Lösungen für eine bessere Einnahmesituation zu erarbeiten. Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen hätten zusammen mit der CDU-Fraktion den Antrag auf Aufhebung des Fremdenverkehrsbeitrages gestellt. Um einen Ausgleich für den Fremdenverkehrsbeitrag zu schaffen, halte ihre Fraktion eine Steuererhöhung, die alle Bürger/-innen tragen müssten, für gerechter. Denn alle Bürger/-innen profitierten mehr oder weniger vom Tourismus. Auch sei es wichtig, dass die freiwilligen Leistungen erhalten blieben. Da mit der Steuererhöhung öffentliche Gelder verwaltet würden, erwarte sie auch weiterhin, dass für die künftigen Investitionsvorhaben eine exakte Kalkulation (+/- 10 Prozent) vorgelegt werden solle.

Abschließend merkt **sie** an, dass ihre Fraktion in den vergangenen Monaten gelernt habe, dass es sinnvoll sei, Instrumente der Bürgerbeteiligung für neue Projekte einzusetzen. Sie möchte die Bürger/-innen an den Entscheidungen teilhaben lassen, sodass von vornherein eine Lagerbildung in eine Richtung vermieden werden könne.

**Ratsherr Theemann** erklärt, dass es die richtige Entscheidung gewesen sei, den Fremdenverkehrsbeitrag abzuschaffen, da es sich um eine risikobehaftete und unsichere Einnahme gehandelt habe. Da die Stadt einen defizitären Haushalt habe, müsse aber ein Ausgleich gefunden werden. Es sei wichtig, dass die Stadt handlungsfähig bleibe. Dieses gelinge mit der von der Verwaltung vorgeschlagenen Steuererhöhung. **Er** stimmt zu, dass die beiden Hebesätze einen Kompromiss darstellten, der aber deutlich fairer und besser sei, als zum Teil dargestellt. Denn es könne eine faire und nahezu gleichmäßige Verteilung der Lasten zwischen Gewerbe und den Bürger/-innen erreicht werden.

**Er** stellt klar, dass nur etwa 10 Prozent der Gewerbetreibenden die Gewerbesteuer von der Steuer absetzen könnten. Außerdem sei zu bedenken, dass die Stadt Jever mit den anderen Kommunen in einem Wettbewerb stehe. Daher sei ein Gewerbesteuersatz von 395 Punkten ein wichtiges Signal an die Wirtschaft in der Region. Insgesamt halte die FDP-Fraktion diesen Beschlussvorschlag für einen guten Kompromiss. Auch sei zu berücksichtigen, dass hierbei keine freiwilligen Leistungen gekürzt werden müssten.

**Ratsherr Cremer** erklärt, dass die Stadt nicht in der Not sei, um überhaupt etwas unternehmen zu müssen. **Er** stellt klar, dass die Anpassung der Hebesteuersätze nicht dazu führe, dass die Gewerbetreibenden und die Bürger/-innen mit Eigentum gleich viel bezahlen müssten. Durch den Wegfall des Fremdenverkehrsbeitrages finde eine Ungleichbehandlung statt, denn die Gewerbetreibenden würden deutlich weniger belastet als die Bürger/-innen. Es sei schwierig, den Haushalt zu überblicken. Da der Haushalt noch von vielen Ungewissheiten abhängen sollte, sollte zurzeit keine Steuererhöhung vorgenommen werden.

**Ratsherr Dr. Bollmeyer** weist darauf hin, dass der beschlossene Masterplan große Themen für die nächsten Jahre vorsehe, die auch umgesetzt werden müssten. Außerdem müssten die freiwilligen Leistungen mit der geplanten Steuererhöhung nicht angetastet werden. Auch scheine die Forderung der Bürgermeister bezüglich der Kreisumlage nicht in dem gewünschten Umfang zur Entlastung der Kommunen beizutragen. Deswegen werde die CDU-Fraktion

dem Beschlussvorschlag zustimmen. Nach ihrer Ansicht beträfen die Maßnahmen aus dem Masterplan alle Einwohner/-innen in Jever. Im Hinblick auf die geplante Gewerbesteuererhöhung weist **er** darauf hin, dass es in Jever bereits genug Leerstände gebe, sodass diese nicht auch noch durch eine starke Erhöhung der Gewerbesteuer forciert werden müssten. Zudem merkt **er** an, dass der Rat nicht nur für eine Familie entscheiden müsse, sondern für einen wesentlich größeren Personenkreis.

**Ratsherr Janßen** erklärt daraufhin, dass mit dem Änderungsantrag der SPD-Fraktion auch genau das erreicht werden könne. Die Verteilung der Lasten sei aber gerechter, und die Gewerbesteuer müsste sogar nur auf 390 Punkte erhöht werden.

**Bürgermeister Albers** weist in Bezug auf den Antrag der SPD-Fraktion darauf hin, dass die Wiedereinführung des Fremdenverkehrsbeitrages heute nicht beschlossen werden könne, da der Aufhebungsbeschluss noch kein halbes Jahr zurückliege. Und der Antrag hinsichtlich der Zweitwohnungssteuer müsse über den Fachausschuss gestellt werden. Falls die vier Punkte als ein Antrag zu sehen seien, müsste dieser abgelehnt werden, da er formell nicht beschlossen werden könne.

**Ratsherr Janßen** erklärt sich damit einverstanden, dass die ersten beiden Punkte seines Antrages zur Kenntnis genommen würden und nur über den dritten und vierten Punkt bezüglich der Steuererhöhung abgestimmt werde.

**Der Ratsvorsitzende** lässt zunächst über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen:

***Der beigefügte Entwurf der Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer ab dem Haushaltsjahr 2018 wird beschlossen.***

Abstimmung: mehrheitlich beschlossen: Ja 16 Nein 15 Enthaltungen 0

Da der Beschluss mehrheitlich beschlossen worden sei, entfällt eine Abstimmung über den Antrag der SPD-Fraktion.

Abstimmung: mehrheitlich beschlossen: Ja 16 Nein 15 Enthaltung 0

## **TOP 10. Aufhebung der Fremdenverkehrsbeitragssatzung**

**FiWiA Nr. 7 vom 27.11.2017**

**VA Nr. 19 vom 5.12.2017**

**VA Nr. 20 vom 16.01.2018**

**Vorlage: BV/0354/2016-2021**

**Der Ratsvorsitzende** teilt mit, dass die schriftlichen Erklärungen der Gewerbetreibenden über die freiwilligen Zahlungen mittlerweile vorlägen. Für dieses Jahr sei insgesamt eine Summe von 25.700 Euro zugesagt und für die kommenden Jahre liege eine Zusage über eine ähnliche Summe vor.

**Ratsherr Janßen** weist darauf hin, dass diese Gelder nur einen Bruchteil der Summe darstellten, die die Stadt aus dem Fremdenverkehrsbeitrag hätte generieren können. **Er** stellt deutlich klar, dass die SPD-Fraktion weiterhin für den Erhalt der Fremdenverkehrsbeitragssatzung sei, da sie nicht auf diese Einnahme verzichten möchte. Seine Fraktion habe keine Angst, dass der Stadt mit weiteren Klagen gedroht werden könne, denn auch viele anderen Kommunen, die vom Tourismus profitierten, erzielten ähnliche Einnahmen.

**Er** kritisiert die Lobbypolitik, die zurzeit in Jever von den Fraktionen der CDU, der FDP und vom Bündnis 90 / Die Grünen praktiziert werde. Diejenigen zu schonen, die vom Tourismus in Jever profitierten und dann die Lasten den Grundsteuerzahlern aufzubürden, sei mit der SPD-Fraktion nicht zu machen. **Er** stellt klar, dass der Rat dem Gemeinwohl verpflichtet sei. Es sei schlimm, dass der Rat bei diesen Themen so gespalten sei.

**Ratscherr Dr. Bollmeyer** erklärt, dass die CDU-Fraktion den Fremdenverkehrsbeitrag schon von Anfang an mit besonderer Aufmerksamkeit, Skepsis und Ablehnung betrachtet habe und froh sei, wenn dieses Thema mit der Aufhebung der Fremdenverkehrsbeitragssatzung endlich abgeschlossen sei. Die CDU-Fraktion ist der Meinung, dass der Fremdenverkehrsbeitrag bereits von Beginn an gescheitert sei, da er nicht von den betroffenen Bürger/-innen akzeptiert worden sei. Zudem bringe der Beitrag einen riesigen Verwaltungsaufwand und auch Kosten mit sich. **Er** stellt klar, dass die freiwillige Zahlung der Gewerbetreibenden nicht als Kompensation des Fremdenverkehrsbeitrages zu sehen sei, da für einen abgeschafften Beitrag auch kein Zahlungspflichtiger einen Ausgleich erbringen müsse. Es gehe nicht um die buchhalterische Abrechnung, sondern um die rechtssichere Befriedung einer Spannung, die Jever jahrelang bewegt habe.

Dass die Vorgehensweise beim Fremdenverkehrsbeitrag nicht gerecht sei, verdeutlicht **er** anhand von zwei Beispielen. Zudem macht **er** deutlich, dass die Stadt Jever viel mehr sei, als ein Urlaubsort oder eine Tourismusstadt. Jever solle nicht den Fehler machen und sich mit Städten vergleichen, die ganz klassische touristische Ziele seien und wirklich nur oder fast nur vom Tourismus geprägt seien. Die Behauptung, dass jetzt durch die Steuererhöhung alle Einwohner/-innen für die Förderung des Tourismus aufkommen müssten, sei daher falsch. Alle profitierten von einer florierenden Stadt mit den bekannten öffentlichen und privatwirtschaftlichen Leistungen. Die Urlauber hätten dagegen wenig Nutzen von den guten schulischen Angeboten, der Kinderbetreuung, Sporthallen, Jugendarbeit usw.. Ohne diese Steuererhöhung, müsste das Sparen und die Streichung von freiwilligen Leistungen beginnen. Dieses wolle die CDU-Fraktion vermeiden.

**Ratscherr Janßen** merkt an, dass beim Fremdenverkehrsbeitrag 50 Prozent der Beitragszahler lediglich um die 100 Euro im Jahr zahlen müssten.

**Ratscherr Schönbohm** erinnert in Bezug auf die Aussage von **Ratscherr Dr. Bollmeyer** daran, dass seine Fraktion im letzten Jahr durch einen Antrag versucht habe, Alternativen oder andere Möglichkeiten der Aufteilung finden zu können, um Härtefälle zu vermeiden oder eine gerechtere Gestaltung zu erreichen. Dieses sei aber anscheinend nicht gewollt gewesen. Seiner Meinung nach könne man nicht von einer gerechteren Verteilung sprechen, wenn ein Beitrag, der für den Tourismus gedacht sei, ersatzlos gestrichen werde und die Kosten auf die Steuerzahler umgelegt würden, ohne über Alternativen nachzudenken.

Auf Nachfrage von **Ratscherr Janßen** erklärt **Bürgermeister Albers**, dass die Gewerbetreibenden, die eine Spendenbescheinigung haben möchten, den Betrag für den Bereich Kultur spenden müssten, da nur für diesen Bereich eine Spendenbescheinigung ausgestellt werden könne. In dem Gesamtbetrag sei aber außerdem eine Zusage für einen Werbezuschuss enthalten, der unmittelbar für den Bereich Tourismus verwendet werden könne. Darüber hinaus habe der Haushalt eine Gesamtdeckung. Wenn also mit den Spenden nicht neue Angebote in gleicher Höhe geschaffen würden, führe jede Einzahlung automatisch dazu, dass die Gelder für den Bereich Tourismus verwendet werden könnten, da die Ausgaben im Bereich Kultur bereits deutlich über dem gespendeten Betrag lägen.

Weiterhin stellt **er** klar, dass Jever Aktiv nicht selber über die Verwendung der Mittel aus dem Fremdenverkehrsbeitrag entscheiden durfte. Das dafür eingerichtete Gremium konnte dem

Rat zwar Vorschläge zur Verwendung der Mittel unterbreiten, die Entscheidungsgewalt habe aber letztendlich beim Rat gelegen.

**Bürgermeister Albers** führt aus, dass zwischen der Steuererhöhung und der Aufhebung der Fremdenverkehrsbeitragssatzung auch in rechtlicher Hinsicht eine Verknüpfung bestehe, da die Satzung rückwirkend aufgehoben werden solle. Dieses sei nur möglich, wenn die Stadt die Einnahmen, die durch die Aufhebung der Satzung entfielen, kompensieren könne. Die Kompensation sei in diesem Fall eine Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer um 10 Punkte. Die zuvor beschlossene Steuererhöhung gehe aber deutlich darüber hinaus.

Tatsächlich sehe es so aus, dass der Haushalt ein erhebliches Defizit aufweise, welches auch trotz der Steuererhöhung noch bestehen bleibe. Es sei nicht richtig, dass sich die Verwaltung keine Gedanken um alternative Lösungen gemacht habe. Unter dem Strich sei festzustellen, dass das Thema Einsparungen in Jever ausgeschöpft sei, wenn man die großen freiwilligen Leistungen nicht streichen möchte.

**Der Ratsvorsitzende** lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen:

***Der Entwurf der Satzung zur Aufhebung der Satzung über die Erhebung eines Fremdenverkehrsbeitrags in der Stadt Jever wird als Satzung beschlossen.***

Abstimmung: mehrheitlich beschlossen: Ja 16 Nein 15 Enthaltung 0

## **TOP 11. Haushalt 2018**

**FiWiA Nr. 7 vom 27.11.2017**

**VA Nr. 19 vom 5.12.2017**

**VA Nr. 20 vom 16.01.2018**

**Vorlage: BV/0358/2016-2021**

**Herr Rüstmann** legt allen Ratsmitgliedern zu Beginn die geänderte Haushaltssatzung vor.

**Ratsherr Janßen** erklärt, dass der Rat das gute Recht habe, noch Veränderungen am Haushalt vorzunehmen. Ihm sei bewusst, dass der Spielraum durch vorgegebene Maßnahmen nicht sehr groß sei. **Er** bemerkt positiv, dass im Haushalt keine Neuverschuldung, keine Kreditaufnahmen und auch keine Verpflichtungsermächtigungen vorgesehen seien. Trotzdem verbleibe im Haushalt ein strukturelles Defizit. Deswegen sei auch ein Einnahmeverzicht, wie beim Fremdenverkehrsbeitrag, schlecht für die städtischen Finanzen. Als Konsequenz würden nun die Steuern erhöht. **Er** hebt positiv hervor, dass die Gebühren für die Kindertagesstätten nicht erhöht werden müssten, obwohl in diesem Bereich kräftig investiert worden sei und dass es keine Einschränkungen im Bereich der freiwilligen Leistungen und Einrichtungen gebe. Auch sei es wichtig, dass die Bau-Familienförderung beibehalten werde. Weiterhin hebt **er** hervor, dass die Stadt auch in diesem Jahr kräftig in die Infrastruktur investiere und dass in diesem Jahr alle Maßnahme aus dem Masterplan umgesetzt werden könnten. Es sei wichtig, dass daran gearbeitet werde, die Finanzen dauerhaft und nachhaltig zu verbessern, um den Masterplan auch in den nächsten Jahren umsetzen zu können.

**Er** weist darauf hin, dass die Einnahmesituation, dank des Antrages der SPD-Fraktion bezüglich der Vergnügungssteuer, verbessert werden konnte. **Er** zeigt sich erfreut, dass der Sportplatzneubau an der Jahnstraße in diesem Jahr endlich umgesetzt werden könne. Auch für die Sanierung von Straßen und für die Erschließung des Gewerbegebietes „Mitte“ seien Gelder eingeplant worden. Zudem teilt **er** mit, dass der Landkreis zugesagt habe, sich künftig an den Betriebskosten der Kindertagesstätten der Kommunen zu beteiligen. Für ihn habe der

Haushalt aber aufgrund der Höhe der Steuererhöhung und der Art und Weise, wie diese zustande gekommen sei, einen gravierenden Schönheitsfehler.

**Ratsherr Janßen** stellt folgenden Antrag zur Änderung des Haushaltes:

Für die Anschaffung von Fahrradboxen werden 6.000 Euro und für die Anschaffung eines zweiten Geschwindigkeitsdisplays werden 3.000 Euro in den Haushalt eingeplant. Zur Kompensation wird der Anbau eines Vordaches beim Haupteingang des Jugendhauses für 6.000 Euro und die Anschaffung von Vertikallamellen für die Fenster des Graf-Anton-Günther-Saals für 4.000 Euro aus dem Haushalt gestrichen.

**Ratsherr Theemann** erklärt, dass die Nachfrage in Jever nach Baugrundstücken und Gewerbeflächen steige. In diesen Trend müsse die Stadt auch weiter investieren. Deswegen müsse die Stadt künftig neben dem Masterplan auch weitere Investitionen tätigen können, um die Attraktivität von Jever zu erhalten. Insgesamt sei der Haushalt gut, denn er berücksichtige die Maßnahmen aus dem Masterplan, erreiche unsere Ziele und die Stadt bleibe mit dem Haushalt handlungsfähig. Die FDP-Fraktion werde dem Haushalt zustimmen.

**Ratsherr Schönbohm** erklärt, dass die SWG-Fraktion mit vielen Punkten des Haushaltes einverstanden sei. Aber seiner Meinung nach müsse die Stadt mit dem Geld auskommen, das sie einnehme, oder sie müsse Einsparungen vornehmen.

**Der Ratsvorsitzende** lässt über die einzelnen Positionen des Antrages von **Ratsherr Janßen** getrennt abstimmen:

***Für die Anschaffung von Fahrradboxen werden 6.000 Euro in den Haushalt eingeplant.***

Abstimmung: mehrheitlich beschlossen Ja 17 Nein 9 Enthaltung 5

***Für die Anschaffung eines zweiten Geschwindigkeitsdisplays werden 3.000 Euro in den Haushalt eingeplant.***

Abstimmung: mehrheitlich beschlossen: Ja 20 Nein 5 Enthaltung 6

***Der Anbau eines Vordaches beim Haupteingang des Jugendhauses für 6.000 Euro wird aus dem Haushalt gestrichen.***

Abstimmung: mehrheitlich abgelehnt: Ja 14 Nein 16 Enthaltung 1

***Die Anschaffung von Vertikallamellen für die Fenster des Graf-Anton-Günther-Saals für 4.000 Euro wird aus dem Haushalt gestrichen.***

Abstimmung: mehrheitlich beschlossen: Ja 20 Nein 5 Enthaltung 6

Auf Antrag von **Ratsherr Janßen** unterbricht der **Ratsvorsitzende** die Sitzung zur Beratung um 20.35 Uhr für 5 Minuten.

**Ratsherr Janßen** teilt mit, dass die SPD-Fraktion dem Haushalt aufgrund der Steuererhöhungen nicht zustimmen werde. Da der Haushalt aber auch viele Investitionen vorsehe, die sie nicht behindern wolle, werde sich seine Fraktion enthalten.

**Herr Rüstmann** stellt abschließend die zuvor beschlossenen Änderungen im Haushalt vor.

**Der Ratsvorsitzende** lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen:

***Der Haushalt 2018 wird mit den vorstehenden Änderungen als Satzung beschlossen.***

Abstimmung: mehrheitlich beschlossen: Ja 16 Nein 5 Enthaltung 10

Abstimmung: mehrheitlich beschlossen: Ja 16 Nein 5 Enthaltung 10

**TOP 12. Entscheidung über die Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen durch den Rat**

**VA Nr. 20 vom 16.01.2018  
Vorlage: BV/0381/2016-2021**

Der Rat beschließt ohne Diskussion:

***Die für die Stadt Jever eingegangenen Spenden in Höhe von 14.816,09 Euro werden gemäß § 111 Absatz 7 NKomVG entsprechend der beigefügten Anlage angenommen.***

Abstimmung: einstimmig beschlossen Ja 31 Nein 0 Enthaltung 0

**TOP 13. Mitteilung von Nebentätigkeiten des Hauptverwaltungsbeamten**

**VA Nr. 20 vom 16.01.2018  
Vorlage: MV/0385/2016-2021**

**Herr Müller** führt in den Sachverhalt ein.

Zur Kenntnis genommen

**TOP 13.1. Buswartehäuschen; Vorstellung eines Gesamtkonzeptes für neue Wartehäuschen am Tivoli-Kreisel und am Sportzentrum in der Wittmunder Straße  
Vorlage: BV/0372/2016-2021**

Der Rat beschließt ohne Diskussion:

***Die Verwaltung wird beauftragt die Verträge mit der Firma Ströer Deutsche Städte Medien GmbH sowie mit dem Grundstückseigentümer des Grünstreifens am „Tivoli-Kreisel“ abzuschließen, um die Voraussetzungen für die Errichtung der Buswartehäuschen am Tivoli-Kreisel und am Sportzentrum in der Wittmunder Straße zu schaffen.***

Abstimmung: mehrheitlich beschlossen: Ja 29 Nein 1 Enthaltung 1

**TOP 14. Schließen des öffentlichen Teiles der Sitzung**

**Der Ratsvorsitzende** schließt den öffentlichen Teil der Ratssitzung um 20.43 Uhr.

Genehmigt:

Karl Oltmanns

Jan Edo Albers

Janika Post

Vorsitzende/r

Bürgermeister

Protokollführer/in